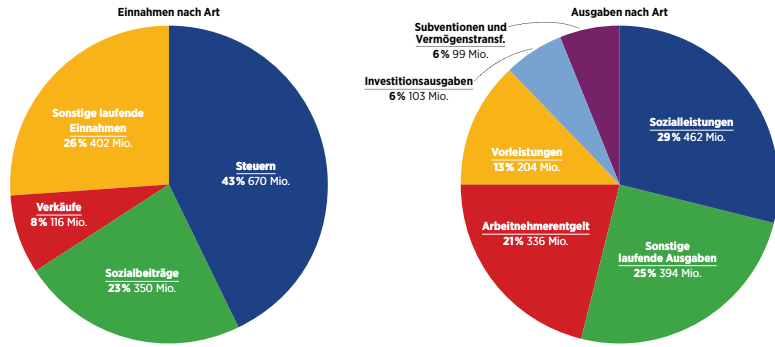


Einnahmen und Ausgaben gehen zurück

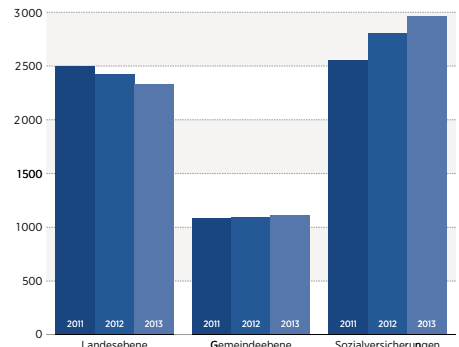
Die nicht konsolidierten Staatsausgaben reduzierten sich im Jahr 2013 um 15,1 Prozent zum Vorjahr und lagen bei 1599 Millionen Franken. Die nicht konsolidierten Staatseinnahmen gingen im Jahr 2013 zum Vorjahr um 12,5 Prozent zurück und lagen bei 1539 Millionen Franken. Den grössten Bereich bei den Einnahmen machen die Steuern mit 43 Prozent aus. Bei den Ausgaben sind die Sozialleistungen der grösste Teil.



Quelle: Amt für Statistik, Vaterland-Infografik: Ralph Vogt

Reinvermögen steigend

In der Vermögensbilanz des Staatsapparats belief sich das Reinvermögen von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen Ende 2013 auf rund 6,4 Milliarden Franken. 2012 waren es noch 6,3 und 2011 6,2 Milliarden Franken gewesen.



Quelle: Amt für Statistik, Vaterland-Infografik: Ralph Vogt, Angaben in Millionen CHF

Liechtenstein im internationalen Vergleich

MANUELA SCHÄDLER

VADUZ. Erstmals kann Liechtenstein, was die Finanzsituation angeht, einen direkten Vergleich zu den europäischen Ländern ziehen: Dies macht die neue Finanzstatistik möglich, welche den Medien gestern von der Regierung und dem Amt für Statistik präsentiert wurde. Regierungschef Adrian Hasler misst ihr eine besondere Bedeutung zu: «Die Finanzstatistik zeigt ein Gesamtbild zu den öffentlichen Finanzen von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen auf», sagte er. Ausgaben und Einnahmen sind detailliert aufgelistet, Transaktionen und Vermögensbilanz geben Einblick in die Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

Weiters wurde die Statistik nach internationalen Standards erstellt und lässt deshalb in den Bereichen Staatsquote, öffentliches Defizit und Bruttoschuldenquote einen Quervergleich zu anderen Ländern zu. So kann die Situation für Liechtenstein sachlich von aussen beurteilt werden. Was den Regierungschef besonders freut: Liechtenstein schneidet im europäischen Vergleich gut ab und weist beispiels-

weise die niedrigste Staatsquote auf.

Tiefste Staatsquote

Die Staatsquote entspricht den Ausgaben des Sektors Staat in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Im Jahr 2013 lag die Staatsquote von Liechtenstein bei 24,2 Prozent. Im Vergleich zu den europäischen Ländern weist Liechtenstein die tiefste Quote auf. Ein wichtiger Aspekt, wie der Regierungschef betonte. Die Schweiz hat mit 31,5 Prozent die zweitniedrigste Staatsquote. Das Nachbarland Österreich liegt mit 50,9 Prozent im hinteren Drittel. Die höchste Staatsquote hat Slowenien mit 59,7 Prozent zu verzeichnen (siehe Grafik). «Eine tiefe Staatsquote ist aus Sicht der Standortattraktivität als positiv zu bewerten», sagte Mario Schädlér vom Amt für Statistik, der gestern zusammen mit Wilfried Oehry, der die Leitung des Projekts innehatte, die Finanzstatistik näher vorstellte. Allerdings räumte er auch ein, dass sich eine optimale Höhe der Staatsquote nicht beziffern lässt.

60 Mio. Franken Defizit

Auch das öffentliche Defizit kann anhand der internationa-

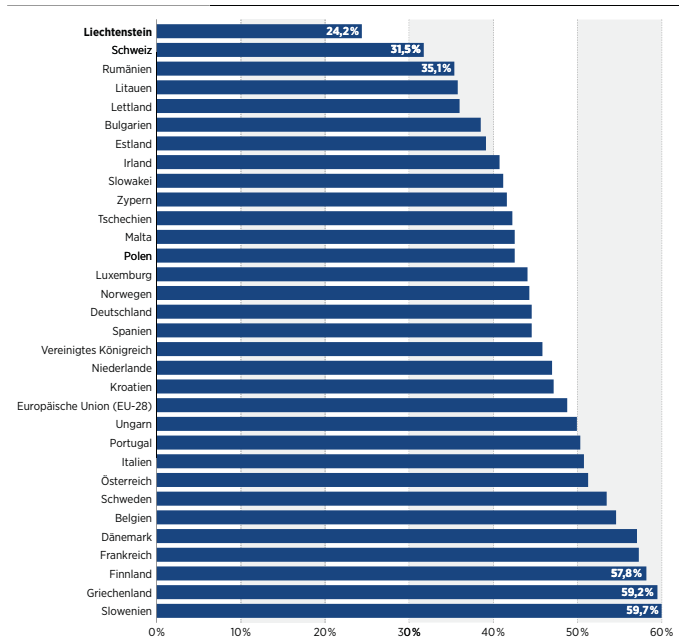
len Kennzahlen mit anderen Ländern verglichen werden. Dies belief sich im Jahr 2013 auf 60 Millionen Franken. Dies entspricht 1,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). «Im internationalen Vergleich schneidet Liechtenstein gut ab», stellte Mario Schädlér fest. Denn das jährliche Defizit der Euro-Länder soll nicht mehr als drei Prozent des BIP betragen. Das niedrigste Defizit weist die Schweiz mit 0,5 Prozent auf. Liechtenstein folgt an fünfter Stelle. Die Länder Norwegen, Luxemburg und Deutschland können einen Überschuss verbuchen. Die Länder Spanien, Griechenland und Slowenien weisen die höchsten Defizite auf.

Soll jährlich erscheinen

Ein Regierungsbeschluss vom Mai 2012 gab den Startschuss für die Erstellung der Finanzstatistik. Aufgrund der gesetzlichen Grundlage des Statistikgesetzes hat das Amt für Statistik unter der Leitung von Wilfried Oehry die Daten der Jahre 2011 bis 2013 aufgearbeitet. «Künftig wird die Finanzstatistik jährlich erscheinen», sagte Oehry. So sieht Liechtenstein regelmässig, wo es im internationalen Vergleich steht.

Liechtenstein mit tiefster Staatsquote

Die Staatsquote entspricht den Ausgaben des Staatsapparats in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Im europäischen Vergleich weist Liechtenstein die tiefste Staatsquote auf. An zweiter Stelle folgt die Schweiz mit 31,5 Prozent. Österreich liegt mit 50,9 Prozent im hinteren Drittel.



Quelle: Amt für Statistik, Vaterland-Infografik: Ralph Vogt

Vermögen steigt

VADUZ. Die Finanzstatistik nimmt auch die Ausgaben und Einnahmen näher unter die Lupe: Beide sind rückläufig. Die nicht konsolidierten Staatsausgaben von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen reduzierten sich im Jahr 2013 um 285 Millionen Franken (15,1 Prozent) gegenüber dem Vorjahr und lagen mit 1599 Millionen Franken leicht unter dem Wert von 2011 mit 1603 Millionen Franken. «Der Anstieg im Jahr 2012 auf 1884 Millionen Franken hing mit der Sanierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zusammen» erläuterte Wilfried Oehry.

Die nicht konsolidierten Staatseinnahmen betrugen im Jahr 2013 1539 Millionen Franken. Auch sie gingen im Vergleich zum Vorjahr um 220 Millionen (12,5 Prozent) zurück. Dies ist laut Oehry zum grossen Teil auf eine Sonderregelung für die Couponsteuer zurückzuführen, die Ende 2012 auslief. Die Statistik zeigt detailliert auf, wofür die Ausgaben getätigt und von wo die Einnahmen generiert wurden (siehe Grafik).

In der Vermögensbilanz des Staatsapparats belief sich das Reinvermögen von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen Ende 2013 auf rund 6,4 Milliarden Franken. Insgesamt erhöhte sich das Reinvermögen des Staatsapparats von 2011 bis 2013 um 199 Millionen Franken. Wird dies in die drei Sektoren Land, Gemeinde und Sozialversicherung aufgeschlüsselt, ist zu beobachten, dass das Reinvermögen auf Landesebene rückläufig ist, auf der Gemeindeebene ist ein leichter Anstieg und bei den Sozialversicherungen ein stärkerer Anstieg zu verzeichnen. Mit 46 Prozent Anteil machen die Sozialversicherungen den grössten Anteil des Reinvermögens aus.

Die Vermögensbilanz zeigt also ein eher positives Bild. Für Regierungschef Adrian Hasler ein Zeichen, dass die Sparmassnahmen wirken. «Aber trotzdem dürfen wir nicht auf dem Status quo bleiben», warnte er. Gerade auch bei den Sozialversicherungen dürfe der demografische Wandel nicht unterschätzt werden. (manu)



Präsentierten die neue Finanzstatistik: Mario Schädlér, Amt für Statistik, Regierungschef Adrian Hasler und Wilfried Oehry, Projektleiter Finanzstatistik (v. l.).

Bild: Michael Zanghellini